

Mit lachendem und grimmigem Auge

Kommentare von BfB und Grünen zur jüngsten B 27-Entscheidung des Regierungspräsidiums

BÄSTENHARDT (ele). In einem offenen Brief hat der Verein „Bürger für Bästehardt“ (BfB) die jüngste Entscheidung einer Planungsgruppe unter Vorsitz von Regierungspräsident Hubert Wicker zur B 27-Trassenführung im Bereich Bad Sebastiansweiler / Ofterdingen kritisiert. Auch die beiden Grünen-Abgeordneten Boris Palmer und Winfried Herrmann sind mit den RP-Beschlüssen unzufrieden.

Nach dem Beschluss der Planungsgruppe wird die nach Mössingens Bürgermeister benannte „Fifka-Trasse“ - damit ist die Umfahrung der Kurklinik Bad Sebastiansweiler in nordwestlicher Richtung gemeint - planerisch nicht weiter verfolgt, weil sie durch ein FFH-Gebiet führt (FFH - Flora - Fauna - Habitat, europäische Naturschutz-Richtlinie). Gleichzeitig wurde die Möglichkeit eines zweispurigen Tunnels unter der jetzigen Ofterdingen Ortsdurchfahrt aus Kostengründen verworfen.

In ihrem Brief klagen die „Bürger für Bästehardt“, dass mit diesem Beschluss eine „Jahrhundert-Chance“ vertan werde: den Mössinger Stadtteil von Lärm und Verkehrs-Emissionen der Bundesfernstraße zu entlasten. Zum besseren Verständnis: Bislang führt die B 27 in etwa 500 Meter Entfernung an Bästehardt vorbei. Mit dem vierspurigen Ausbau würde der Verkehr nach bisher gültiger Planung noch einmal hundert bis zweihundert Meter näher an den Ort heran rücken. Der „Verkehrs-Graben“ zwischen Bästehardt und Bad Sebastiansweiler würde breiter und für

Fußgänger schier unüberwindbar werden.

In diesem Zusammenhang üben die „Bürger für Bästehardt“ deutlich Kritik an Art und Weise, in der das Regierungspräsidium die FFH-Richtlinie in diesem Fall wertet: „Wir haben uns informiert und wissen, dass die europäische Richtlinie über FFH-Schutzgebiete bei der jeweiligen Umsetzung vor Ort durchaus Ansatzpunkte für eine juristische Auseinandersetzung bietet“, schreiben BfB-Sprecher Rolf Nonnenmann und Peter Kölle. Dass diese Möglichkeit vom Regierungspräsidium beziehungsweise der Planungsgruppe nicht aufgegriffen werde, kritisieren beide in Form einer Frage: „Scheut die Planungsgruppe gewisse Prozess-Risiken oder den Zeitverlust, der dadurch ... entstehen könnte?“

Im Kern bedeute die Entscheidung für rund 5000 Einwohner von Bästehardt, dass ihre Schutz-Interessen aufgegeben werden - für den Schutz einer Fledermaus-Kolonie, so Nonnenmann und Kölle. Fragen hat BfB auch zum Verfahren der Ausweisung und Ausweitung des

FFH-Gebietes hinter der Kurklinik: Weil dieses erst nach Bekanntwerden des Fifka-Vorschlages ausgeweitet wurde, vermuten die „Bürger für Bästehardt“ dahinter eine „gezielte Aktion von wenigen Personen gegen Tausende von Bürgerinnen und Bürgern des oberen Steinlachts.“

Vom RP wird diese Kritik zurückgewiesen. Die Ausweitung des Gebiets sei Sache der Landesnaturschutzbehörde und des Ministeriums für Landwirtschaft und Raumordnung, sagte Pressesprecherin Grit Puchan. Das RP habe gar keine andere Wahl, als die FFH-Richtlinie anzuerkennen..

Für den Fall, dass es bei einer Ablehnung der Nordwest-Umfahrung von Bad Sebastiansweiler bleibt, greifen die „Bürger für Bästehardt“ auf einen Vorschlag des Stuttgarter Verkehrsplaners Hans-Peter Kleemann zurück: Die B 27 neu solle vom Ortsausgang Ofterdingen bis zum Wald hinter Bad Sebastiansweiler auf der bisherigen Trasse in einer Art „Trog“ geführt werden, der auf Höhe der Kurklinik mit einer Grünbrücke überdeckelt wird.

Begrüßt wird die RP-Entscheidung vom grünen Bundestags-Abgeordneten Winfried Herrmann und seinem Landtags-Kollegen Boris Palmer, der mit seiner Anfrage den Stein überhaupt erst ins Rollen brachte, „mit einem lachenden und einem grimmigen Auge“.

Palmer habe die Bad Sebastiansweiler' FFH-Fläche vor zehn Tagen besichtigt, heißt es in einer gemeinsamen Presse-Erklärung, und für „politisch tot“ erklärt (wir berichteten). Die gleichlautende „Einsicht des Regierungspräsidiums“ sei „für ihn erfreulich.“ Weniger Freude mache den beiden Verkehrspolitikern hingegen der vorläufige Schlusstrich des Regierungspräsidiums unter die so genannte 2+2-Planung in Ofterdingen. Zum einen sei die Rechnung des Ludwigsburger Verkehrsplanungs-Büros Bender & Stahl, das für einen Tunnel etwa um ein Drittel höhere Kosten Kleemann ermittelte, „schwer nachvollziehbar“. Selbst wenn eine Tunnel-Lösung einen höheren finanziellen Aufwand verursache, sei für Herrmann klar: „An 20 Prozent Mehrkosten wird die Tunnel-Lösung nicht scheitern, wenn damit Landschaft und Naherholungsraum geschützt werden. Sollte ein Nachschlag notwendig sein, wird der Bundestag beziehungsweise die Bundesregierung die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müssen. Dafür werde ich kämpfen.“ Immerhin habe das Gutachten von Bender & Stahl die letzten Zweifel an der technischen Machbarkeit eines Tunnels ausgeräumt. Auch vom RP werde nicht behauptet, dass ein Tunnel die Gefahr von Stauungen berge.